

Kleine Anfrage 866

des Abgeordneten Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Folgen und Auswirkungen von politischen Beschlüssen von Gemeindevertretungen bei dem Beschluss von Aufstellungsbeschlüssen für Vorhaben- und Erschließungspläne für Gewerbegebiete

In zahlreichen Gemeinden im Land Brandenburg werden Investoren vorstellig, die beabsichtigen, bestimmte Investitionen zu tätigen. Dafür müssen manchmal Gewerbegebiete erweitert werden oder neue Gewerbegebiete direkt für diese Ansiedlungen geschaffen werden. Es kommt immer wieder vor, dass dann Investoren vortragen, dass erst die entsprechenden Beschlüsse der Gemeinden gefasst werden müssen, ehe die weiteren detaillierten Planungen, wie konkret die Investitionen aussehen sollen und wie viele Arbeitsplätze geschaffen werden, unterbreitet werden. Dies führt dazu, dass Gemeinden häufig in politische Vorleistungen im Hinblick auf Aufstellungsbeschlüsse zu Gewerbegebieten gehen, ohne dass grundsätzlich zu diesem Zeitpunkt schon klar ist, wie sich die Investition konkret gestalten wird.

Nunmehr stellt sich die Frage von Seiten von Gemeindevertretungen und Gemeindevertretern, welche Rechtsbindungen derartige Aufstellungsbeschlüsse haben? U.a. wirft sich die Frage auf, ob Gemeindevertretungen, wenn sie dann im weiteren Verlauf von den konkreten Planungen der Investoren nicht überzeugt sind, entsprechende Verfahren für B-Pläne von Gewerbegebieten wieder stoppen können. Immer wieder werden Befürchtungen laut, dass wenn in einem laufenden Verfahren ab einem bestimmten Zeitpunkt dann die Meinung in der Gemeindevertretung kippt, und man dann den entsprechenden B-Plan nicht zu Ende bringen will, dass dann Schadensersatzforderungen von Seiten der Investoren im Sinne von Vertrauensschutz für Investoren gestellt werden könnten.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Haben Investoren gegenüber Gemeinden oder Gemeindevertretungen Schadenersatzansprüche, basierend auf „Vertrauenstatbeständen“ aus satzungsrechtlichen Schritten im Rahmen der Aufstellung von B-Plänen, wenn diese dann zwischenzeitlich abgesagt und nicht zu Ende geführt werden?
2. Welche Konsequenzen hat ein Stopp von Aufstellungsbeschlüssen, insbesondere bei vorhabenbezogenen Erschließungsplänen?
3. Entstehen durch entsprechende politische Aufstellungsbeschlüsse Rechte Dritter z.B. der von Investoren, die sich dann möglicherweise schon auf Investitionen vorbereitet haben und entsprechende vermögensrechtliche Verfügungen getroffen haben?
4. Können Investoren aus dem Abbruch von Erschließungsplanungsvorhaben Schadenersatzansprüche gegenüber Gemeinden und Gemeindevertretungen geltend machen?
5. Gibt es diesbezüglich bereits Präzedenzfälle im Land Brandenburg oder woanders in Deutschland?